



Olympiade der Kleinen

Viel Spaß bei internationaler Beteiligung

Am Samstag, den 26. Juli, war es nachmittags auf dem Spielplatz an der Kolpingstraße noch etwas lauter als sonst. Anwohner, an lebhaften Kinderlärm gewöhnt, blickten erstaunt aus den Fenstern.

die Mitglieder des SPD-Ortsvereins Bonn-West, denen kaum eine andere Veranstaltung so viel Spaß macht, wie gerade diese.

Unter den Kindern hatte es sich frühzeitig herumgesprochen und so warteten viele schon vor dem offiziellen Beginn um 15 Uhr ungeduldig auf das Startzeichen. Aber vorher mußten die Sonnenschirme aufgestellt und auf einem langen Tisch eine Unzahl von Bechern mit Limonade gefüllt werden.

Schließlich war es so weit. Unter den Augen ihrer Mütter begannen die Kleinen

mit Sackhüpfen, Pfeilwerfen, Riesenmikado und Eierlaufen.

Andere Kinder verursachten jedesmal ein Riesengepolter, wenn sie aus einiger Entfernung mit Tennisbällen einen wackeligen Turm von Kaffeedosen zum Einsturz brachten.

Wieder andere zeigten ihre Kunstfertigkeit mit Deutschlands beliebtestem Leder: Ein Fußball war so präzise zu treten, daß er durch sein Auftreffen einen anderen, in einigem Abstand liegenden Ball in Bewegung setzte.

Zwischen den Wettbewerben stärkten sich die kleinen



Ob ich mich wohl auch ins Getümmel stürzen soll?

Es war nicht zu übersehen: wie schon im vorigen Jahr tobte dort ein fröhliches Kinderfest. Eingeladen hatten



Fast schon olympische Disziplin war das Sackhüpfen, zumindest, wenn man sich die internationale Besetzung mal anschaut

Amazonen und Recken am Limonade-Büffet, blättern interessiert in Kinderkalendern und ließen soeben ergatterte Preise in den Mündern verschwinden.

Statt olympischem Gold, Silber und Bronze gab es Kaugummi, Gummibärchen, Dauerlutscher und Lakritz-Schnecken.

Leistungsstreß gab es keinen. Die Endericher Genossen hatten sich vorher darauf geeinigt, alle Wettbewerbsteilnehmer für die hervorragende Kampf-moral mit kleinen süßschmeckenden Anerkennungen zu belohnen.

Bald wußten viele der unaufhörlich wettkämpfenden nicht mehr, wo sie die vielen eßbaren "Medaillen" lassen sollten.

Eine kleine junge Dame jedoch brachte das ganze lustige Gewusel auf eine besondere Idee. Sie schnappte sich einen der Kinderkalender, funktionierte ihn zu einem Tablett um, indem sie viele Becher mit Limonade darauf stellte, und zog als kleiner Samariter auf dem Spielfeld herum, um besonders Durstigen mit einem erfrischenden Schluck zu neuen Lebensgeistern zu verhelfen.

Petrus betrachtete das lustige Treiben mit einigem Wohlwollen. Denn als einige dunkle Wölkchen über der Kollingsiedlung erschienen, schob er sie, um besser sehen zu können, ohne große Umstände einfach beiseite.

Vielleicht ist ihm bei näherem Hinsehen trotz des fröhlichen Kinderlärms nicht entgangen, daß der Spielplatz nach wie vor ein Bild weitgehender Vernachlässigung bietet.

Die Stadtverwaltung hat seit einiger Zeit den Auftrag, den Platz herzurichten und eventuell um das brachliegende Gelände daneben zu erweitern.

Wie schön wäre es für die dort wohnenden Kinder und ihre Eltern, wenn die Verwaltung endlich etwas täte und die verrosteten und phanta-

sielosen Spielgeräte durch kinderfreundliche ersetzte.

Die Kinder hätten am liebsten gar nicht mit dem Fest aufgehört, so hatte es ihnen gefallen. Als es dann doch zu Ende ging, versprachen die Veranstalter: Wir kommen wieder!

Strauß sein Milljöh

Neuerdings stellt der Kandidat Strauß sich auch schon mal als Kind aus dem Arbeiterviertel dar: Stoff für Satiren.

Von Straußens Auftritt auf dem Berliner Parteitag der CDU konnte man nicht gerade sagen, da habe einer Kreide gefressen - diese Zeit ist wohl vorbei. Aber er hatte eine neue Rolle parat.

So verkündete er den stauenden Zuhörern: "Ich stehe dem kleinen Mann näher als die meisten der hohen Funktionäre und Manager, gleichgültig in welchem politischen Lager sie stehen. Ich komme aus dem Milieu einer Arbeitervorstadt. Ich bin mit seinen Problemen groß geworden. Ich kenne die Sprache des Volkes.

Ich kenne die Mentalität und Psychologie der breiten Schichten unseres Volkes, weil das meine Natur ist, weil das meine Herkunft ist, weil ich dort mehr politische Heimat habe als in manchen Häusern der Vornehmen und der Reichen, die heute um Helmut Schmidt herumscharwenzeln."

Straußens Generalsekretär Edmund Stoiber fand diese Ausführung derart überzeugend, daß er sie als Wahlanzeige der CSU in die Zeitung rückte. "Also, das muß man zweimal lesen", meinte dazu der Nürnberger SPD-Bundestagsabgeordnete Egon Lutz, Mitglied des Bundesvorstandes der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen:

Aus dem Programm der SPD
zur Bundestagswahl 1980

Die Menschheit wird sich zu Tode rüsten, wenn es nicht gelingt den Rüstungswettlauf zwischen Ost und West und die Aufrüstung der Dritten Welt zu stoppen. Die SPD wird deshalb den Prozeß der Rüstungsbegrenzung, der Rüstungskontrolle und Abrüstung vorwärtstreiben.

"Siehe da: Ein Arbeiterkind. Einer wie du und ich und dabei so bescheiden und volksnah, daß er immer artig bitte sagt, wenn er sich bei seinem Freund die Privatmaschine ausleiht, und danke, wenn er auf der Hochsehjacht seines anderen Freundes (dem Großindustriellen Friedrich Karl Flick) einen Kurzurlaub verbringen darf.

Einfacher Leute Kind zu dem, das durch Gottes Fügung und entsprechende eheliche Verbindung zu bescheidenem Wohlstand gelangen durfte.

Nein, um diesen Sohn ehr-samer Metzgermeister scharwenzeln nicht die Reichen herum, sondern nur die kleineren Millionäre, wenn man mal von Flick und Oetker und Münemann und Jahn und dergleichen einmal absieht."

Heizölkostenzuschuß nicht verschenken!

Wer seinen Heizölkostenzuschuß noch nicht beantragt hat, kann dies noch bis zum 31. Oktober 1980 nachholen. Daran hat Bundesfamilienministerin Antje Huber (SPD) erinnert.

Ein Anrecht auf diesen Zuschuß haben alle Haushalte, deren Nettoeinkommen nicht höher ist als 900 DM für den Haushaltsvorstand, 300 DM für das zweite und 250 DM für jedes weitere Familienmitglied. Wohngeldempfänger bekommen ihn unabhängig von der Einkommenshöhe. Die Hälfte des Zuschusses gibt es, wenn das Haushaltseinkommen die Höchstgrenzen um nicht mehr als zehn Prozent übersteigt. Der Zuschuß beträgt 120 DM für den Haushaltsvorstand und 60 DM für jedes weitere Familienmitglied bis zum Höchstbetrag von 420 Mark.

Anträge stellt man in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und an der Saar bei den Stadt- oder Gemeindeverwaltungen, in Bayern, Hessen und Niedersachsen bei den Städten oder Landkreisen, in Berlin und Hamburg bei den Bezirksämtern und in Bremen bei den Sozialbehörden. In Zweifelsfällen sollte man sich an das nächste Sozialamt wenden.

Antje Huber: „Wem der Zuschuß zusteht und ihn nicht beantragt, der verschenkt Geld. Heizölkostenzuschüsse sind Ansprüche, die der Bürger gegenüber dem Staat hat.“

Grüne Bewegung : ja -

Grüne Partei : nein !

Es kann kein Zweifel daran bestehen: die Umweltschutzbürgerinitiativen haben viel bewirkt.

Auch wenn sie die Umweltpolitik nicht erfunden haben, so geht die Verankerung der Notwendigkeit ökologischer Politik im breiten öffentlichen Bewußtsein und vor allem in den politischen Parteien weitgehend auf ihr Konto.

Umweltschutzbürgerinitiativen waren es, die gegen Energieverschwendung, Luft- und Wasserverschmutzung, unsinnige Vergrößerungen unseres Straßennetzes und die kinderfeindliche Gestaltung unserer Städte zu Felde zogen und Planer an gar nicht so "grünen Tischen" das Fürchten lehrten.

Während dieser Anfangsphase grüner Politik waren alle, die sich für den Erhalt einer natürlichen Umwelt engagieren wollten, willkommen. Die vergleichsweise ungezwungenen Umgangsformen erleichterten vielen bisher nicht politisch tätigen Bürgern das Mitmachen.

Auch Mitglieder der verschiedenen politischen Parteien beteiligten sich nach Kräften, enttäuscht von dem Mangel an Umweltbewußtsein in ihren eigenen Organisationen.

Auf dem Höhepunkt des allgemeinen Umweltinteresses jedoch kam es zu einer schwerwiegenden Fehlentscheidung: aus der Umweltschutzbewegung entstand eine grüne Partei.

Schlagartig verwandelten sich politische Stärken in ihr Gegenteil. Die politische Meinungsvielfalt und Phantasie führte angesichts der Notwendigkeit, ein Parteiprogramm auszuarbeiten, zu tiefen Meinungsverschiedenheiten.

Mitglieder anderer politischer Parteien wurden vor die Entscheidung gestellt, ihre alten Organisationen zu verlassen - was für viele angesichts der vorwiegend auf Umweltpolitik begrenzten Sachkenntnis der Grünen nicht in Frage kam.

Erste Austritte, das Aufbrechen ideologischer Fronten und die Konkurrenz straff geführter und entscheidungsfähiger Parteien ließen aus der ursprünglichen Antipartei eine Parteikarikatur werden.

Anfängliche Wahlerfolge konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Grünen weder regierungsfähig waren, noch es überhaupt ernsthaft sein wollten.

Zudem mußten manche ihrer Wähler feststellen, daß die Grünen, als sie im Parlament waren, plötzlich Politik betrieben, wie man sie bisher von der CDU gewohnt war.

So beantragten die Grünen bei der Haushaltsberatung in Bremen Streichungen im Haushalt bei Positionen, die sich die CDU nicht besser hätte aussuchen können: bei den Bildungsausgaben, für den Wohnungsbau und für Kinderspielplätze sowie bei den Zuschüssen für die Bremer Universität.

Inzwischen sinkt der Stern der Grünen Partei. Wichtige Vertreter der sogenannten 'grünen' Grünen, wie Herbert Gruhl, Bio-Bauer Baldur Springmann und der Bremer Bürgerschaftsabgeordnete Olaf Dinnehaben inzwischen den politischen Rückzug angetreten.

Auch die ohnehin nur schwachen Verbindungen zu den für Umweltschutzpolitik so wichtigen Gewerkschaften reißen ab, man denke etwa an den Austritt des bekann-

ten DGB-Gewerkschafters Heinz Brandt vor wenigen Tagen.

Auch die Wahlchancen der Grünen sinken beständig. Während laut Allensbach im Januar 1980 noch 4,1% der Wähler in einer Bundestagswahl grün wählen wollten, waren es im Juli nur noch 2,7%.

Vielen Grünen mag auch noch der Schock im Nacken sitzen, daß ausgerechnet sie es waren, die bei den letzten Landtagswahlen in Schleswig-Holstein dem Kernkraftpropheten Stoltenberg wieder zu Amt und Würden verhalfen. Dem Kernkraftgegner Matthiesen fehlten zur Verwirklichung seines umweltfreundlichen Programms etwa 500 Stimmen.

Es wäre geradezu paradox, wenn die Grünen durch Aufrechterhalten ihrer Bundestagskandidaturen und einem absehbaren Mißerfolg den Gegnern umweltfreundlicher Politik in die Hände arbeiten würden.

Ein Zwei-Komma-So-Und-So-Ergebnis für eine Umweltpartei wäre nur Wasser auf die Mühlen derjenigen, die schon immer gewußt haben, "daß die Umweltschützer nur eine Modeerscheinung waren".

Stattdessen sollten die Grünen ernsthaft darüber nachdenken, ob sie ihre umweltpolitische Sachkenntnis nicht lieber in die innerparteiliche Diskussion der traditionellen Parteien einbringen und damit einerseits die ohnehin schon große Gruppe der dort vorhandenen Umweltfreunde (zumindest in der SPD) mit der eigenen Stimme verstärken, andererseits mit ihren wertvollen Informationen bisherige Skeptiker erneut nachdenklich machen können.

Es sei daran erinnert,

daß es vor wenigen Jahren absolut undenkbar gewesen wäre, daß nahezu die Hälfte aller Delegierten des SPD-Bundesparteitages gegen den weiteren Ausbau der Kernenergie und für einen stufenweisen Abbau gestimmt hätten, wie im letzten Dezember auf dem Berliner Parteitag geschehen. Dies war auch ein Erfolg der Grünen, die in der SPD arbeiten.

Unsere Initiativen

Erinnern Sie sich?

Die Straße "Auf dem Hügel" ist viel zu breit. Sie verführt zum Rasen und muß daher schmaler werden. Darüber sind sich die meisten Bewohner dieser Gegend seit langem einig.

Die SPD hatte deshalb im vorigen Jahr durch ihr Planungsausschußmitglied Klaus Stöppler beantragt, durch Anlegen eines Radweges und eines Grünstreifens die Straße enger zu gestalten.

Die CDU-Mehrheit änderte diesen Antrag etwas ab, und beauftragte die Verwaltung, mit dem Landschaftsverband Rheinland wegen der Anlage dieses Radweges in Verhandlungen einzutreten.

Warum das notwendig sein sollte, war wohl keinem so richtig klar zu machen. Gehört hatte man seither nichts mehr davon.

Zum einjährigen "Juliläum" dieses Auftrages hat Klaus Stöppler im Planungsausschuß eine Anfrage eingebracht, was aus den Verhandlungen geworden ist.

Denn schon im Vorjahr hatte die SPD vermutet, daß die CDU mit der Umformulierung des Antrages die Gelegenheit auf die lange Bank schieben wollte.

Genau das ist nun geschehen. Es hat bis heute noch keine Verhandlungen gegeben. Und wenn es der Verwaltung nach ginge, würde es sie auch in Zukunft nicht geben.

Die SPD wird sich diese Mißachtung von Beschlüssen der Ratsgremien durch die Verwaltung nicht bieten

Unterm Strich für alle mehr Geld

Steuerpaket der Bundesregierung ist verabschiedet

Na, Herr Nachbar, wieviel haben Sie denn vom Finanzamt zurückgekriegt? Nichts? Das kann doch kaum sein! Wofür Sie was gekriegt haben sollen? Ja, für Ihre Steuererklärung natürlich — zum Lohnsteuerjahresausgleich oder zur Einkommensteuer, je nachdem, wieviel oder wodurch Sie und Ihre Familie verdienen. Das haben Sie noch nie gemacht? Na, dann werden Sie wohl nicht zur Einkommensteuer veranschlagt — sonst hätte sich das Finanzamt schon früher bei Ihnen gemeldet. Und Sie meinen, da springt nichts für Sie raus? Das glaub' ich nicht — beim Lohnsteuerjahresausgleich ist eigentlich immer was drin für den Steuerzahler. Versuchen

lassen. Wir werden Sie in der nächsten Nummer ausführlich informieren.

Sie's doch mal! Sie haben Glück! Denn ab jetzt gilt, daß Sie nicht mehr, wie früher, nur bis zum Mai Zeit hatten, Ihre Steuererklärung abzugeben — die Frist läuft noch bis zum 30. September.

Sie wissen nicht, wie man das machen soll? Schauen Sie sich erst einmal die Formulare an. Und wenn Sie dann nicht klar kommen, gehen Sie zu Ihrer Gewerkschaft — die hilft beim Lohnsteuerjahresausgleich. Und sonst fragen Sie halt mal einen Steuerberater — das kostet zwar was, aber immer noch weniger, als Sie mit ziemlicher Sicherheit herausbekommen. Auf alle Fälle aber: machen Sie's! Verschenken Sie kein Geld, das Ihnen von Rechts wegen gehört. Alles klar?

Staatsschulden sichern Arbeitsplätze

Die Ausgaben der öffentlichen Hand sind zum Gegenstand parteipolitischer Polemik geworden. Immer häufiger versuchen Politiker der Union mit dem Wort von der „Staatsverschuldung“ oder dem „Staatsbankrott“ beim Bürger Angst vor der Zukunft heraufzubeschwören. Was die Kritiker staatlicher Kreditaufnahme dabei verschweigen: Mit den Schulden des Bundes wurden in wirtschaftlich und konjunkturell schwierigen Zeiten notwendige Maßnahmen finanziert, um eine hohe Beschäftigung zu sichern und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Anreiz	Insel bei Australien	Spielvereinigung/Abk.	Bad in Belgien	schwarzer Vogel	Edelgas
Adams Gefährtin	eine Rolle spielen	verwirrt	südfinn. Stadt	Geschlechtswort	
Auerochs	Mittelasiat	Fluß zur Aller	Germane	Stadt in Bayern	weibl. Vorname
um Almosen heischen		ital. Insel			

Abschied

Mit Bedauern mußte die Redaktion kürzlich erfahren, daß Pater Marino den Hügel in Kürze verlassen wird, um eine andere Aufgabe zu übernehmen.

Seine Gemeinde hat sich von ihm auf einem Pfarrfest verabschiedet. Wir wollen das an dieser Stelle ebenfalls tun.

Wir wollen ihm für die gute Zusammenarbeit danken und vor allem für das, was er für die Menschen auf dem Hügel getan hat.

Wir wünschen ihm für seine neue Aufgabe viel Erfolg und uns eine gleich gute Zusammenarbeit mit seinem Nachfolger.

Der Hügel

Erscheinungsweise:

Jeden zweiten Monat

Herausgeber:

SPD-Stadtratsfraktion in Zusammenarbeit mit dem SPD-Ortsverein Bonn-West

Redaktion:

Klaus Stöppler (verantwortlich), Ulrich Seidenberg, Franz-Josef Windisch, Jürgen Weber, Volker Klaus

Redaktionsanschrift:

"Der Hügel" c/o Klaus Stöppler Euskirchener Straße 82 5300 Bonn 1
Telefon: 622131